

Erzgeb. Volksfreund

Tageblatt und Amtsblatt

für die kgl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Gartenstein, Johannsgeorgenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzm. Wildenfels

Telegraph-Adresse:
Volksfreund Schneeberg.
Sprechsprecher:
Schneeberg 10.
Aue 81
Schwarzenberg 19.

Nr. 170.

Sonnabend, den 25. Juli 1914.

67. Jahrg.

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

findet statt Freitag, den 31. Juli 1914, nachmittags 1/2 2 Uhr im Saale des amtshauptmannschaftlichen Dienstgebäudes.

Witkau, den 24. Juli 1914. Königl. Amtshauptmannschaft.

Steuern Aue.

Am 1. August 1914 werden fällig:
die Staatsgrundsteuer für den 2. Termin 1914 und
die städtische Grundsteuer für den 2. Termin 1914.
Zur Deckung des Bedarfs des Landeskulturrats haben die hierzu Beitragspflichtigen Grundstücksbesitzer einen Zuschlag von 1/4 auf jede beitragspflichtige Grundsteuer einheit gleichzeitig mit der Grundsteuer zu zahlen. Die Steuerbeträge nebst Zuschlag sind bis spätestens zum 15. August ds. Jrs. an unsere Steuerkasse — Stadthaus, Zimmer 20 — zu bezahlen. Gegen Säumnisse wird nach Ablauf dieser Frist sofort mit der Zwangsversteigerung vorgegangen werden.
Aue, den 23. Juli 1914. Der Rat der Stadt. — Steueramt.

Neustädtel.

Wiesenverpachtung.

Die zwischen der Forststraße und Pochwerksstraße hier liegende Wiese (sogenannte Georgswiese) Parzelle Nr. 40 des Grundbuchs für Wühlberg, 114 □ R = 21,1 Ar groß, soll vom 1. Oktober 1914 ab anderweit auf 12 Jahre oder auch auf kürzere Dauer verpachtet werden.

Pachtliebhaber werden daher geladen

Dienstag, den 28. Juli 1914, nachmittags 5 Uhr

sich an Notariats hier einzufinden.

Schriftliche Gebote können schon vorher bei uns eingereicht werden.

Neustädtel, am 21. Juli 1914.

Der Stadtrat.

Neustädtel.

Das Verzeichnis der zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft gehörigen hiesigen Betriebsunternehmer, sowie die Heberolle auf Jahr 1913 liegen hier vom 25. Juli dieses Jahres ab zur Einsicht der Beteiligten 2 Wochen lang an Notariats aus.

Die Betriebsunternehmer können gegen die Beitragsberechnung binnen weiteren 2 Wochen nach Ablauf der Frist direkt beim Genossenschaftsvorstande Widerspruch erheben.

An Beiträgen, die demnächst zur Einhebung gelangen, sind auf Jahr 1913 für je eine beitragspflichtige Einheit 6,88 Pfennig und als Beitrag zum Ausschuss für Gartenbau bei dem Landeskulturrat für das Jahr 1914 25 vom Hundert des Beitrags für die Berufsgenossenschaft zu entrichten.

Es wird hierbei bemerkt, daß vom 1. Januar 1913 ab auf Grund der Satzung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft eine Minderung in dem Veranlagungsverfahren infolgedessen eingetreten ist, als neben den Grundsteuer einheitlichkeiten noch eine Einteilung in Gefahrenbezirke in Frage kommt, auch die Fläche bei der Beitragsberechnung für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und an Stelle der Arbeitstage die im Gärtnereibetrieb verausgabten oder zu berechnenden Löhne berücksichtigt werden. Wie die Gärtnereibetriebe werden auch die Friedhofsbetriebe und die versicherten Haus- und Biergärten veranlagt.

Beiträge unter 20 Pfennig werden nicht erhoben.
Nebenbetriebe werden mit mindestens 10 Arbeitstagen in Ansatz gebracht.
Für jeden land- und forstwirtschaftlichen Betrieb sind mindestens 2 Mark Beitrag zu entrichten.
Klagsfrist etwaiger Einsprüche sind die ausgeworfenen Beiträge in voller Summe bis 8. August 1914 vom Betriebsunternehmer zu bezahlen.
Neustädtel, am 22. Juli 1914. Der Stadtrat.

Wildenau. Heberolle und Betriebsunternehmerverzeichnis auf Jahr 1913, und zwar diejenigen Beteiligten enthaltend, bei welchen es sich um Berechnung der Jahresgebühre handelt, liegt vom 25. Juli bis mit 8. August dieses Jahres hier zur Einsichtnahme aus.

Einsprüche der Unternehmer gegen die Beitragsberechnung sind binnen einer weiteren Frist von zwei Wochen direkt an die Genossenschaft zu richten.
Der ausgeworfene Betrag in Höhe von 6,88 Pfennig für jede Beitrags einheit ist unbedingt und unverweilt an den mit der Einhebung betrauten Schulmann Weigel zu entrichten.

Wildenau, am 24. Juli 1914.

Der Gemeindevorstand.

Holzversteigerung auf Unterwiesenthaler Staatsforstrevier.

Im Waldhause „Zum Kaiserhof“ in Reudorf sollen Montag, den 3. August 1914, von vormittags 11 Uhr an, nachverzeichnete Hölzer in den Raßschlägen des Reviers 48 und 62 versteigert werden: 17374 f. Altholz, 41,5 rm Kuchschale, 35,5 rm Nadelnadel, 103 rm Brennholz, 60 rm Brennholz, 21 rm Sack, 26,5 rm Nadeln, 16 rm Brennholz und 40 rm Brennholz (Raßschlag im Abt. 19).

Ferner vom Forstrevier Reudorf:
571 Stück fichtene Stämme 11/38 cm im Raßschlag Abt. 27.

Königl. Forstrevierverwaltung
Unterwiesenthal.

Königl. Forstrentamt
Annaberg.

Bockau.

Die hiesigen Maurer werden auf die Anschläge hingewiesen, die Ausschachtungsarbeiten beim Schulgebäude betreffen.
Der Schulvorstand.

Pflichtfeuerwehr Schneeberg.

Sonntag, den 26. Juli früh 7 Uhr

Uebung

der Mannschaften der Spritze I A—H, Spritze II J—P, Spritze III Q—Z.
Stellen am Spritzenhaus bei der St. Wolfgangskirche. Feuerwehrabzeichen sind anzulegen.

Pünktliches Erscheinen und ungenügend entschuldigtes Fehlen wird bestraft.

Die Branddirektion.

Sonntag und Montag, den 26. und 27. Juli Jahrmart in Neustädtel.

Oesterreichs Note an Serbien.

Die mit großer Spannung erwartete Note Oesterreichs an Serbien ist am gestrigen Donnerstag abend in Belgrad überreicht worden. Sie trägt den Charakter eines Ultimatums und ist in sehr energischem Tone gehalten. Doch sind die Forderungen nicht unbillig und erscheinen durch die Verhältnisse vollkommen gerechtfertigt. Serbien wird sie erfüllen müssen, wenn es ihm um die Vermeidung kriegerischer Konflikte ernstlich zu tun ist.

Ueber die Uebersetzung und den Inhalt der Note erhalten wir aus Belgrad und Wien die folgenden Telegramme:

Belgrad, 24. Juli. Der österr.-ungarische Gesandte überreichte gestern abend 6 Uhr der serbischen Regierung eine Verbalnote mit den Forderungen der österr.-ungarischen Regierung. In der Note wird die Antwort bis Sonntag abend, 26. Juli abends 6 Uhr verlangt.

Wien, 24. Juli. Die Note besagt, aus dem Gehändnis des Attentats erhelle, daß der Mord in Belgrad ausgeführt, daß der Mörder Waffen und Bomben von serbischen Offizieren und Beamten erhalten habe und die Beförderung der Verbrecher sowie der Waffen von leitenden serbischen Organen durchgeführt worden sei. Die Note verlangt, daß die serbische Regierung sich verpflichtet, die verbrecherische Propaganda mit allen Mitteln zu unterdrücken und eine entsprechende Erklärung, deren Wortlaut vorgeschrieben wird, im Regierungsorgane und durch Armeebefehl veröffentlicht. Sie verlangt ferner die sofortige Auflösung des Vereins Narodna Odbrana, die Entfernung der Offiziere und Beamten, welche der Propaganda gegen Oesterreich schuldig sind, die Mitwirkung der Organe der österr.-ungarischen Regierung bei der Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten Bewegung in Serbien, die gerichtliche Untersuchung gegen die Teilnehmer am Komplott vom 28. Juni unter Teilnahme von Delegierten der österr.-ungarischen Organe an den betreffenden Erhebungen, die Verhaftung bestimmter kompromittierter Persönlichkeiten, Maßnahmen gegen den Waffen- und Bombenschmuggel, Dienstentlassung und strenge Bestrafung gewisser Organe des Grenzdienstes, Aufklärung über Aeußerungen hoher serbischer Funktionäre zu dem Attentat, unverzügliche Verhängung der österr.-ungarischen Regierung von der Durchführung der erwähnten Maßnahmen, endlich die Beantwortung der Note bis Sonntag abend 6 Uhr.

Soweit die Note. Vor ihrer Veröffentlichung bemerkte, einer Meldung aus Belgrad zufolge, der serbische Ministerpräsident Pasitsch in einem Interview über die gegenwärtige Lage: „Wir werden alles, was in unseren Kräften steht, aufbieten, damit die durch die Serajewer Vorfälle entstandene ungünstige politische Lage sich verbessere; damit nicht die ganze serbische Nation für das Leid, was in seiner Unüberlegtheit ein einzelner getan hat, dessen Verlustzustand sich abnorm ist. Um guten Willen und Bereitwilligkeit zu zeigen, erkläre ich, daß wir vollen Willen zeigen, unsere Beziehungen aufrecht zu erhalten.“

Nach einer Meldung aus Prag wurden am gestrigen Donnerstag von der Staatsanwaltschaft sechs tschechische Morgenblätter wegen ihrer Beitragsartikel über die österr.-serbische Spannung und wegen Meldungen über österr.-serbische Kriegsvorbereitungen beschlagnahmt.

Weiter wird uns gedruckt.
Wien, 24. Juli. Das „Fremdenblatt“ schreibt u. a.: Das Attentat in Serajewo hat uns auf die